

# Das UEFA Financial Fairplay

*So will die UEFA gegen private Investoren vorgehen*

FC Chelsea, Paris Saint-Germain, Manchester City und Zenit St. Petersburg: Vereine, die für guten Fußball bekannt sind. Doch da ist noch mehr: Alle vier Vereine sind von privaten Investoren gekauft worden, die dort jetzt machen, was sie wollen. In Deutschland ist so etwas derzeit durch die 50+1-Regel nicht möglich. Diese besagt, dass der Verein mindestens 51 Prozent seiner Aktien selber besitzt. In den meisten ausländischen Ligen gibt es diese Regelung jedoch nicht. Um zu verhindern, dass Vereine von privaten Investoren mit hohen Geldsummen versorgt werden und dadurch an die Weltspitze kommen, hat die UEFA jetzt das Financial Fairplay entworfen, das unter anderem beinhaltet, dass sich die Ausgaben eines Klubs unter den Einnahmen halten müssen. Wichtig ist, dass die UEFA Investitionen in den Jugendbereich, in die Infrastruktur und soziale Projekte nicht zu den Einnahmen zählen. In der ersten Phase, die noch bis 2014 andauert, werden Klubs Schulden von bis zu 45 Millionen Euro gestattet, in der zweiten (bis 2017) bis zu 30 Millionen Euro und ab dann gar keine mehr. Verschuldet sich ein Verein einmalig zu hoch, hat er die Chance, sie im folgenden Jahr zu vermindern. Schafft er dies nicht, wird er mit einer Geldstrafe oder einem Ausschluss aus dem europäischen Klubwettbewerb sanktioniert, so wie es kürzlich dem spanischen Klub FC Málaga ergangen ist. Der Bundesliga würde es gut tun, wenn die UEFA auch die großen Klubs sanktionierte. Denn im Gegensatz zu Spanien, wo die Vereine hoch verschuldet sind und England, wo das Gros der Topklubs in den Händen Reicher Menschen liegt, wird hier sinnvoll gewirtschaftet. Doch jetzt hat der belgische Spielerberater Daniel Striani gegen das Financial Fairplay geklagt. Doch ohne große Erfolgsaussichten, wie Sportanwalt Christoph Schickhardt bei „11-Freunde“ sagte: „Es kann nicht sein, dass ein Spielerberater gegen finanzielle Begrenzungen der Klubs klagt. Dann könnte er ja gleich gegen das deutsche Handelsrecht klagen, denn nach dem darf man auch nicht dauerhaft mehr ausgeben, als man einnimmt.“ Striani selbst fordert europaweite Investitionsmöglichkeiten ohne Einschränkungen seitens des Kontinentalverbandes. Außerdem sagt er: „Der Zweck des Financial Fairplay ist sicherlich lobenswert, aber die Auswirkungen sind schädlich. Ich sehe nicht ein, warum die Gehälter begrenzt und die Unterstützung eines Klubs durch einen Investor verhindert werden sollten.“ In der ersten Stellungnahme verwies die UEFA darauf, dass die Bestimmungen des Financial Fairplay sowohl die EU-Kommission, als auch das europäische Parlament, die Klubs, die Ligen und die Profi-Spielervereinigung mittragen.